

Kosmetik am Gesundheitsbudget

KANTONS RAT In der Budgetdebatte hat die Parlamentsmehrheit 40 Millionen Franken bei den Spitälern und der Psychiatrie gestrichen, damit das Budget schöner aussieht.

«Luft aus dem Budget ablassen.» So nannte die obsiegende Mehrheit gestern den Vorgang bei der Budgetkorrektur der Spitälern. Zur Mehrheit gehörten in diesem Fall alle Parteien ausser SP und AL. Sie beschloss, die Ausgaben um 30 Millionen Franken zu senken. Die Begründung: Im Durchschnitt der letzten vier Jahre schnitten die Rechnungen jeweils um 78 Millionen besser ab als geplant. Also könne man straffer budgetieren. Selbst die Grünen machten mit, obwohl viel Effekthascherei dabei sei, wie Kathy Steiner (Zürich) einräumte.

Das sei nichts als Kosmetik, kritisierte hingegen Kaspar Bütikofer (AL, Zürich). Die Bürgerlichen wollten eine schwarze Null im Budget sehen, um dann 2020 mit besserem Gewissen die Steuern um zwei Prozent senken zu können. Das sei ein billiger Trick, sagte er. Spielraum gebe es nämlich keinen. Mit 131 zu 40 Stimmen kam der Antrag durch.

Zuvor hatte Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) vergeblich dagegen argumentiert: «Es hat keine Luft im Budget. Sie bringen damit einzig die Spitälern in Nöte.»

In der Psychiatrie beschönigte die Mehrheit – diesmal in anderer Zusammensetzung – das Budget analog um zehn Millionen. Nicht nur SP und AL waren hier gegen das angebliche «Luftablassen», sondern auch Grüne, CVP und die EVP. In der Psychiatrie gebe es eine Kostenunterdeckung von 25 Prozent und mehr, warnte Lorenz Schmid (CVP, Männedorf).

Stellen gestrichen

Danach kürzte die Mehrheit in Heinigers Direktion Stellen. Zum einen fünf temporäre für die Spitalplanung, was das Budget um eine halbe Million verbessert. Die Spitalplanung müsse von der Kernbelegschaft gemacht werden, sagte Bütikofer (AL). Tem-

poräre Stellen eigneten sich dafür nicht. Gesundheitsdirektor Heiniger (FDP) zeigte vergeblich auf, dass eine ausserordentliche Planungsrunde ansteht. Die fünf Stellen seien deshalb nötig. Die Kürzung erfolgte mit 104 zu 68 Stimmen. SP, FDP und CVP unterlagen.

Sodann sparte die Mehrheit 2,2 Millionen bei der Arzneimittelversorgung. Dort hatte die Gesundheitsdirektion 30 neue Stellen geplant. 27 davon sind nun mit 104 zu 66 Stimmen gestrichen worden. Dagegen waren SP, FDP und CVP. Trotz der Kürzung werde er die Stellen nicht streichen, stellte Heiniger klar. Die Leute würden nämlich dringend gebraucht. Die Kürzung führe einzig zu einer Erhöhung der Medikamentenpreise und treffe so wiederum die Spitälern. Verschiedene Gegner der Kürzung sagten, sie hätten Verständnis für die Kritik an Heiniger, weil die Stellenaufstockung schlecht nachvollziehbar sei. Mark Wisskirchen (EVP, Kloten), der die Kürzung befürwortete, sprach von einem «vorauseilenden Stellenaufbau».

Kontrollen wie bisher

Keine Zustimmung fand der Antrag der SVP, 200 000 Franken beziehungsweise zwei Stellen beim Veterinäramt zu streichen. Die Nutztierhaltung sei rückläufig und erfordere weniger Geld, argumentierte Benjamin Fischer (SVP, Volketswil). Martin Haab (SVP, Mettmenstetten) ergänzte, es gebe genügend Tierschutzkontrollen. Hans Egli (EDU, Steinmaur) sagte, es finde auch eine soziale Kontrolle durch Nachbarn statt, sodass man auf zusätzliche Kontrollen verzichten könne. Doch am Ende setzte sich die andere Seite mit 93 zu 80 Stimmen durch, zu denen SP, FDP, Grüne, AL und BDP zählten. Die Stellen seien nötig, sagte Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), weil die Kontrolltätigkeit kom-



Spitälern müssen sparen: Der Kantonsrat glaubt, in den Budgets habe es noch viel Luft.

Foto: Keystone

plexer geworden sei. Steiner (Grüne) ergänzte, das Veterinäramt könne seinen Aufgaben im Tierschutz schon jetzt nur noch teilweise nachkommen.

Intensiv stritt der Rat über den Antrag der SP auf 1,2 Millionen Franken Mehrausgaben für die ambulante Behandlung in der Psychiatrie. Diese sei nämlich nicht kostendeckend, aber sehr

sinnvoll, sagte Andreas Daurü (SP, Winterthur). Doch die Gegner waren stärker. Einen Kredit auf Vorrat brauche es nicht, entgegnete Astrid Furrer (FDP, Wädenswil). Mit 57 zu 111 Stimmen unterlagen SP, Grüne, AL und EVP.

Auch die Krankenkassenprämien waren wieder ein Thema, allerdings nicht fürs Budget 2019,

sondern in Form von KEF-Erklärungen für die Folgejahre. Die Erklärung der SVP verlangt, dass der Kanton wie heute 80 Prozent des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung beisteuern soll. Die Regierung beantragte nämlich im Rahmen einer Sparmassnahme, auf 70 Prozent zurückzufahren. Die Vorlage ist noch in der Kommission. Dort ist aber schon jetzt klar, dass die Kürzung chancenlos ist. Das Geschäft kommt im März in den Kantonsrat.

Der Erklärung der SVP stand jene der SP gegenüber, die den Kantonsbeitrag auf 100 Prozent aufstocken will. Dazu bekennen sich auch Grüne, EVP, CVP und AL. Das reichte aber nicht für eine Überweisung, da sich die GLP noch nicht festlegen mochte. Mehrheitsfähig war am Ende nur die 80-Prozent-Variante der SVP, hinter der auch FDP, BDP und EDU stehen. Besser als nichts, sagten sich die anderen Parteien und schwenkten am Ende um. *Thomas Schraner*

WEITERE BESCHLÜSSE AUS DER DETAILBERATUNG

FDP spricht Gelder für den Naturschutz und erntet Spott und Ermahnungen

• **Wie jedes Jahr** wollte die SVP bei den Fachhochschulen sparen: 11 Millionen bei der ZHAW und 2 Millionen bei der ZHDK. Der Staatsbeitrag steige von Jahr zu Jahr, monierte Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen). Der Antrag scheiterte mit 112 zu 55. Einzig die BDP lieferte der SVP Stimmen. Die Vorwürfe der SVP würden durch die ständige Wiederholung nicht besser, sagte

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Die Hochschulen leisteten hervorragende Arbeit. • **Mit 120 gegen 43** lehnte es der Kantonsrat ab, zusätzliche 14,8 Millionen Franken ins Budget einzutragen. Karin Fehr (Grüne, Uster) beabsichtigte, das Geld, das die Regierung für die Kommunalisierung der Schulleitungen einsparen wollte, wieder ins Budget zu bringen.

• **Für die Pflege von Böschungen** an Strassenrändern sollen zwei Millionen Franken mehr ausgegeben werden. Dafür stimmten alle Fraktionen ausser SVP und CVP. Spott und Ermahnungen musste sich die FDP anhören, die den Antrag eingebracht hatte. Sie habe auf die Wahlen hin offenbar ihr grünes Mäntelchen hervorgeholt, sagte Barbara Schaffner (GLP, Otelfin-

gen). Nötig sei aber ein dauerhaftes Engagement. • **Mehrausgaben** von 300 000 Franken sind für Gewässerrevitalisierungen gesprochen worden. Damit sollen drei Stellen finanziert werden, um dem Bundesziel näherzukommen, wonach pro Jahr fünf Kilometer Gewässer revitalisiert werden sollen. Nein sagten SVP, CVP, BDP und EDU. *isc*

Unveränderter Steuerfuss

WINTERTHUR Der Steuerfuss in Winterthur bleibt bei 122 Prozent. Dies hat das Stadtparlament gestern entschieden. Grüne und AL hatten 124 Prozent gefordert, mit Mehreinnahmen von 5,8 Millionen Franken. Die SVP hatte 120 Prozent beantragt.

In der Detailberatung zuvor war bei den vorläufig Aufgenommenen eine Kürzung um eine Million Franken beschlossen worden. Nach den vom kantonalen Stimmvolk 2017 beschlossenen Abstrichen war vorgesehen, dass die Stadt mit drei Millionen Franken in die Bresche springt. SVP, FDP und Piraten fanden das zu viel. Die Kürzung erfolgte mit Stichtenscheid der GLP-Präsidentin. *sda*

Eine dauerhafte Herausforderung

NACHTLEBEN Die Stadt Zürich ist bemüht um ein allgemeinverträgliches Nachtleben. Ein Projekt hat Erkenntnisse gebracht und Möglichkeiten aufgezeigt.

Alle Beteiligten hätten wichtige Erkenntnisse gewonnen und Massnahmen umgesetzt. Die Begleiterscheinungen des Nachtlebens seien damit aber nicht verschwunden und würden die Stadt weiterhin fordern. Dies schreibt das Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich in einer gestern versandten Medienmitteilung zum Abschluss des Projektes Nachtleben. Es stand unter der Leitung von Alexandra Heeb, städtische Delegierte für Quartiersicherheit.

Sie übernahm die Aufgabe 2010 von Rolf Vieli, der als Mister Langstrasse bekannt war und damals in Pension ging. 2015 hatte der Stadtrat das Nachtleben und seine teilweise unerfreulichen Begleiterscheinungen zum Legislatur-schwerpunkt erhoben.

Verändertes Ausgehverhalten

Das Nachtleben in der Stadt Zürich habe sich in den vergangenen zwanzig Jahren markant verändert, heisst es in der Medienmitteilung. Demnach haben sich die Ausgehlokale ohne Polizeistunde nach der Liberalisierung des kantonalen Gastgewerbesetzes ver-sechsfacht. Heute gibt es mehr als 600 solche Nachtcafés und Bars in Zürich. Und anders als früher ge-

hen die jungen Leute nicht mehr einfach am Abend aus, sondern oft spät in der Nacht und bis in den Morgen hinein. Alkohol ist rund um die Uhr erhältlich. Zudem sind Musikanlagen, die auch bei grosser Lautstärke gut klingen, erschwinglich geworden. Auch in kleinen Clubs und draussen wird daher laute Musik abgespielt.

Verschiedene Verbesserungen

Beim Projekt Nachtleben ging es um eine Vermittlung zwischen den Interessen der Partyszene und der Anwohner. Die Stadt habe sich dabei auf keine Seite geschlagen, wird in der Mitteilung festgehalten. In verschiedenen Bereichen seien Verbesserungen erzielt worden.

Eine Massnahme etwa betraf die 24-Stunden-Shops, die günstig Alkohol verkaufen. Er ist oft der Auslöser für Auswüchse im Ausgang. In den Shops wurden vermehrt Kontrollen durchgeführt. Zum Beispiel wurde geschaut, ob tatsächlich nur Familienmitglieder dort tätig sind, was Voraussetzung ist für den verlängerten Betrieb. An stark genutzten Orten wie der Piazza Cella wurden mobile Pisssoirs aufgestellt. Schallisolierende Fassaden erwiesen sich als wirksam. Aufgrund eines Gerichtsentscheides von 2015 ist für Clubs, die länger als bis 24 Uhr geöffnet haben, eine Baubewilligung nötig. Im Verfahren sind Einsprachen der Anwohner möglich. *red*

Amtsblatt bald nur im Netz?

URTEIL Das Bundesgericht hat die Beschwerden des VCS, Sektion Zürich, und einer Privatperson abgewiesen. Die Beschwerdeführer hatten sich gegen den Entscheid des Regierungsrats gewehrt, das «Amtsblatt des Kantons Zürich» künftig nur noch elektronisch und nicht mehr auf Papier gedruckt herauszugeben.

Das höchste Gericht bestätigte damit das Zürcher Verwaltungsgericht. Die Beschwerdeführer machten unter anderem geltend, die neue Bestimmung verstosse gegen ihre Informationsfreiheit, wie sie in der Bundesverfassung festgehalten ist. Für das Bundesgericht bedeutet die Publikation des Amtsblatts im Internet für viele Personen sogar einen erleichterten Zugang zur Information. Für Personen, die nicht oder nicht täglich über einen Internetzugang verfügen würden, sei ein Verzicht auf die Papierausgabe hingegen tatsächlich ein Eingriff ins Grundrecht. Dieser sei aber als leicht einzustufen. Und mit der Publikationsverordnung habe der Regierungsrat eine Grundlage geschaffen.

Aus Sicht des Bundesgerichts ist die neue Regelung weder rechtsungleich noch diskriminierend oder gar unzumutbar. Auch das Öffentlichkeitsprinzip sei nicht verletzt.

Sechs Monate wie bisher

Mindestens das nächste halbe Jahr wird das «Amtsblatt des Kantons Zürich» den Abonnentinnen und Abonnenten weiterhin in gedruckter Form zugestellt, wie Martin Jurt von der Staatskanzlei auf Anfrage sagt. Die Abrechnungen seien zugestellt, und der Vertrag mit der Druckerei laufe auch noch. Wie es dann weitergeht, ist noch nicht restlos geklärt. Eventuell finde sich ja ein Verlag, der das Amtsblatt auf eigene Rechnung herausgibt. *pag*

Candrian schlägt zu

ZÜRICH Die Candrian Catering AG wird die Fläche des ehemaligen Restaurants Movie am Zürcher Beatenplatz übernehmen. Im Du-Pont-Haus, das der PSP Swiss Property gehört, soll eine Brasserie mit 200 Innen- und 300 Aussenplätzen entstehen, wie die NZZ schreibt.

Candrian Catering ist ein grosser Player in der Gastroszene. Laut eigenen Angaben führt das Familienunternehmen 45 Betriebe und beschäftigt 1000 Mitarbeitende; unter anderem im Zürcher Hauptbahnhof und im Bahnhof Oerlikon. Zum Imperium gehören auch die Brasserien Lipp und Schiller sowie ein paar Burger-King-Filialen. Nächstes Jahr stösst das Bauschänzli dazu.

Das Du-Pont-Haus stammt aus der Zeit der Belle Epoque und wird momentan renoviert. Ende August brannte der bahnhofseitige Teil ab. Wie es dort weitergeht, ist noch nicht klar. *pag*

Gerold Lauber übernimmt

GZ Die Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren (GZ) hat einen neuen Präsidenten: Alt-Stadtrat Gerold Lauber (CVP) übernimmt das Präsidium von Kathrin Martelli. Die Stiftung war 2010 als neue Trägerschaft für die GZ gegründet worden. *sda*